

Mit einem neuen Atom-Deal wird nicht alles gut Die deutsche Iran-Politik muss ganzheitlicher werden

Die deutsche Iran-Politik beschränkt sich derzeit auf die Rettung des Atomabkommens mit Iran (JCPOA). Auch die Grünen hoffen auf dessen Wiederbelebung. Darüber hinaus erfährt Iran in Berlin wenig Beachtung. Doch selbst eine iranische Rückkehr zum JCPOA bietet kaum Aussicht auf ein Umdenken in Teheran, weder hinsichtlich der aggressiven Außenpolitik des Landes im Nahen und Mittleren Osten noch in Bezug auf innerstaatliche Repressionen und Menschenrechtsverletzungen. Um dem Anspruch einer progressiven Außenpolitik gerecht zu werden, müssen die Grünen einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen, der die iranische Zivilgesellschaft stärkt, Menschenrechtsverletzungen konsequent verfolgt und die iranische Regionalpolitik eindämmt.

Schlagworte: Iran, JCPOA, Strategie, Sanktionen, Menschenrechte, Wirtschaftsbeziehungen

von Payam Ghalehdar

Kontext

Die Zukunft des Atomabkommens mit Iran (Joint Comprehensive Plan of Action, JCPOA) ist ungewiss. Selbst im optimistischen Fall einer Rückkehr Irans und der USA zum Vertrag kann das Abkommen die eng gesteckten Nichtverbreitungsziele nicht erreichen. Denn bereits im Jahr 2025 werden die ersten Restriktionen hinfällig. Hinzu kommt, dass ein neu gewählter US-Präsident den Vertrag – wie Donald Trump im Jahr 2018 – abermals verlassen könnte.

Noch grundsätzlicher zeigt der Zeitraum von 2016 bis 2018, in dem das Atomabkommen vertragskonform umgesetzt wurde, dass sogar beidseitige Vertragserfüllung kaum Aussicht auf ein Umdenken in Teheran bietet: Irans Regionalpolitik blieb unvermindert aggressiv, die innenpolitische Lage unvermindert repressiv. Nichtverbreitungsverträge können die von Iran ausgehenden Bedrohungen nicht stemmen. Spätestens die Wahl des Hardliners Ebrahim Raisi zum iranischen Präsidenten hat die erhoffte Reformierbarkeit des iranischen Regimes endgültig ins Reich der Illusionen relegiert.

Analyse

Das Wahlprogramm der Grünen erwähnt Iran im Zusammenhang mit dem Ziel, „die Bewahrung und das Wiederaufleben“ des JCPOA zu erreichen.¹ Doch so elementar die Nichtverbreitungsziele des JCPOA auch sind, bedarf es mehr für den grünen Anspruch einer progressiven Außenpolitik.

Sollten die USA ihre unilateralen Sanktionen aufheben, besteht die Gefahr, dass intensivierete Wirtschaftsbeziehungen, speziell Erdölgeschäfte vor dem Hintergrund steigender Energiepreise, die europäische Iran-Politik dominieren werden. Die Debatte über die strategische Autonomie Europas verstärkt diese Gefahr, wenn strategische Eigenständigkeit und progressive Ziele nicht zusammengedacht werden. Um ihrem Anspruch gerecht zu werden, sollten die Grünen auf folgende Schritte hinwirken:

Erstens bedarf es konkreter Maßnahmen, um die iranische Zivilgesellschaft zu stärken. Diese steht aufgrund endemischer Korruption, hoher Inflation und fortwährender Repression und Niederschlagung von Protest immer mehr unter Druck. Eine auf die iranische Bevölkerung ausgerichtete Außenpolitik auf Grundlage eines erweiterten Sicherheitsbegriffs muss das Ziel verfolgen, die innerstaatliche Machtbalance in Iran zugunsten der dort lebenden Menschen zu verschieben.

Ein wichtiges Repressionsinstrument des iranischen Regimes ist die Kontrolle über den Informationsfluss im Land. Die Bundesregierung sollte versuchen, den freien Zugang der iranischen Bevölkerung zu Internet und Medien durch VPN-Software und andere für die Umgehung der staatlichen Zensur geeignete Instrumente zu ermöglichen. Durch Visa-Erleichterungen sollte zudem der Austausch mit der iranischen Gesellschaft intensiviert werden.

¹ Bündnis 90/Die Grünen. 2021. Deutschland. Alles ist drin. Bundestagswahlprogramm 2021, S. 232.

Zweitens sollte Deutschland eine Vorreiterrolle innerhalb der Europäischen Union bei personenbezogenen Sanktionen gegen iranische Verantwortliche und hochrangige Revolutionsgardisten einnehmen. Auch wenn das iranische Regime Anti-Imperialismus propagiert, besitzen iranische Offizielle ausländische Pässe und erhebliche Vermögenswerte in europäischen Staaten. Neu eingeführte Sanktionsmechanismen sollten genutzt werden, um bei Menschenrechtsverletzungen zielgenau Einreiseverbote und Vermögenssperren gegen die jeweiligen Verantwortlichen zu beschließen.

Zudem sollte selbst im Falle einer iranischen Rückkehr zum JCPOA von der Wiederaufnahme intensiver Wirtschaftsbeziehungen mit staatlichen Wirtschaftsakteuren Abstand genommen werden. Die iranische Revolutionsgarde übt eine weitgehende Kontrolle über die iranische Wirtschaft aus. Gestiegene Einnahmen durch Exporterlöse kämen nicht der iranischen Bevölkerung zugute, sondern würden eher den iranischen Repressionsapparat stärken, in die hegemoniale Regionalpolitik fließen und das expansive Raketenprogramm finanzieren.

Drittens darf der Fokus auf Irans Atomprogramm nicht vom regionalen Machtstreben des iranischen Regimes ablenken. Insbesondere mit Hilfe militärischer und finanzieller Unterstützung irakischer Milizen, der Hisbollah im Libanon, der Houthis im Jemen

und des syrischen Regimes greift das Regime unvermindert in Nachbarländer ein und destabilisiert den Nahen und Mittleren Osten.

Da bisherige Verhandlungen gezeigt haben, dass die iranische Führung nicht willens ist, über ihre Regionalpolitik und ihr Raketenprogramm zu verhandeln, sollte Deutschland in enger Abstimmung mit Frankreich, Großbritannien und den USA auf eine Eindämmungspolitik des iranischen Einflusses in der Region setzen. Dabei sollte die Bundesregierung mit Wirtschaftshilfen die Einheit und staatlichen Strukturen betroffener Länder wie Irak und Libanon stärken.

Fazit

Die Herausforderungen, vor die uns das iranische Regime stellt, sind nicht nur nuklear. Iran destabilisiert die Region durch die Unterstützung des Assad-Regimes in Syrien und bewaffneter, substaatlicher Akteure im Libanon, Irak und Jemen. Zudem schlägt das iranische Regime Proteste im Land regelmäßig gewaltsam nieder.

Die Grünen stehen für eine progressive, menschenrechtsbasierte Außenpolitik. Um diesem Anspruch zu genügen, sollten sie die iranische Zivilgesellschaft stärken, Sanktionen gegen Menschenrechtsverletzungen personenbezogen umsetzen und die iranische Machtprojektion im Nahen Osten durch die wirtschaftliche Unterstützung betroffener Staaten eindämmen.

Literatur:

>>> Bündnis 90/DIE GRÜNEN, 2021, Deutschland. Alles ist drin. Bundestagswahlprogramm 2021

Payam Ghalehdar, Hertie School